Vorarlberg
unser Land

Rückmeldung der Vorarlberger Landesregierung zum Bürgerrat „Faire Wahlen“ Vorarlberg

Inhalt

1 Einleitung 3

2 Rückmeldungen zu den Themenfeldern 5

2.1 Themenbereich Vertrauenskrise überwinden 5

2.2 Themenbereich Politische Bildung und Politik vermitteln 6

2.3 Themenbereich Wahlberechtigung 11

2.4 Themenbereich Digital wählen, zeitgemäß wählen 11

2.5 Themenbereich Gleichstellung wahlwerbender Gruppen 12

2.6 Themenbereich Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie 13

2.7 Themenbereich Verbesserung und Innovation der politischen Kultur 15

1 Einleitung

In einer Demokratie ist Dialog auf Augenhöhe zentral. Im April 2021 formierte sich eine Initiativgruppe aus der Bevölkerung, die „BI Faire Wahlen - überparteiliche Bürger:innen-Initiative“. Ihr Anliegen: Bürger:innen in Vorarlberg sollen Anspruch auf eine faire und chancengleiche Demokratie haben. Über 1.300 Unterschriften wurden gesammelt, um einen Bürgerrat zu initiieren.

Die Fragestellung des Bürgerrats wurde von Seiten der Initiativgruppe in Zusammenarbeit mit dem Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung festgelegt und verfolgte die Intention, einen möglichst breiten Dialog zum Wahlrecht in Vorarlberg zu ermöglichen:

Wie können ein fairer Wahlprozess und eine hohe Wahlbeteiligung gelingen?

Anhand dieser Ausgangsfrage wurde im Zuge des Bürgerrates erörtert, welche grundsätzlichen Annahmen bestehen und welche Ideen und Lösungsansätze, in Zusammenhang mit dem Wahlrecht in Vorarlberg, weiterverfolgt werden sollen.

Die Bürgerräte haben folgende sechs Themenfelder mit Kernbotschaften und Empfehlungen ausgearbeitet:

- Vertrauenskrise überwinden
- Politische Bildung und Politik vermitteln
- Wahlberechtigung
- Digital wählen, zeitgemäß wählen
- Gleichstellung wahlwerbender Gruppen
- Bürgerbeteiligung, direkte Demokratie

Beim Bürgercafé am 5. Juli 2022 wurden die Ergebnisse der Öffentlichkeit und der Politik präsentiert. Die intensiven Diskussionen haben weitere Gespräche und Impulse angeregt. Eine erste direkte Resonanz erfolgte vor Ort durch Landtagspräsident Harald Sonderegger.

Wer räumlich unabhängig dabei sein wollte, hatte diese Möglichkeit beim digitalen Bürgercafé am 11. Juli 2022. Diesen digitalen Rahmen nutzten insgesamt rund 45 Personen.

Thematisch wurde bei beiden Bürgercafés intensiv auf die bereits vorgestellten Haupterkenntnisse eingegangen, zusätzlich entstand noch eine weitere Haupterkenntnis: „Verbesserung und Innovation der politischen Kultur“.

Nach einer ersten direkten Resonanz von Landtagspräsident Harald Sonderegger wurden alle betroffenen Fachabteilungen im Amt der Vorarlberger Landesregierung gebeten, sich mit den Empfehlungen auseinanderzusetzen und zu prüfen, wie eine Umsetzung erfolgen kann. Im Folgenden findet sich eine Zusammenfassung der schriftlichen Rückmeldungen wieder.

Hinweis:
Nachfolgend werden nur die Rückmeldungen aus den Fachabteilungen im Amt der Vorarlberger Landesregierung zu den sieben Themenfeldern dargestellt. Die einzelnen Themenfelder mit den jeweiligen Kernbotschaften sowie den Empfehlungen im Detail und Wortlaut der Bürgerräte, sind in der Dokumentation Bürgerrat „Faire Wahlen“ Juli – Dezember 2022 nachzulesen, abrufbar unter: www.vorarlberg.at/buergerrat

2 Rückmeldungen zu den Themenfeldern

2.1 Themenbereich Vertrauenskrise überwinden

Standpunkt Bürgerrat:

Missstände bei einzelnen Politiker:innen haben allgemeines Misstrauen ausgelöst. Das Vertrauen geht zunehmend verloren. Bürger:innen gehen nicht mehr wählen.

Wertschätzung ist nur vor den Wahlen für Politiker:innen interessant. Manipulation und Verzerrung der Meinungsbildung soll vermieden werden.

Das Vertrauen muss wiederaufgebaut werden. Die Politiker:innen müssen den Kontakt zur Wählerschaft, nicht zu Lobbyisten suchen. Dabei soll ein ehrlicher Dialog geführt werden (z.B. muss die Politik zum Bürgerrat kommen!). Die Wahlthemen müssen nach der Wahl umgesetzt werden. Wichtig dabei sind Wertschätzung, Ehrlichkeit und Transparenz.

Die Politiker:innen sollen Räume für Begegnung und Dialog mit Wähler:innen schaffen (z.B. Sprechstunden, Bürgercafés, Stammtische, Foren (Digital), Social Media). Wichtig dabei ist, auf die Bürger:innen einzugehen, zuzuhören, gemeinsam Lösungen zu finden.

Weiters wird die gemeinsame Ausarbeitung eines Verhaltenskodex durch Politiker:innen empfohlen und die Haftbarkeit für Entscheidungen, die Politiker:innen treffen.

Auszug Themenbereich 1 – Dokumentation Seite 13

Rückmeldung

Das Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung hat im Zeitraum Oktober 2022 – März 2023 einen Impuls für eine Beteiligungsstrategie des Landes ausgearbeitet. Hier zu finden: www.vorarlberg.at/beteiligungsstrategie

Bürger:innen aktiv einbeziehen in Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse und Räume schaffen für Begegnung und Dialog, wird darin als Führungsaufgabe genannt. Der Fokus auf Beteiligung von Bürger:innen wird als wirkungsvoller Zugang angesehen, das Vertrauen in politische Prozesse zu stärken. Konkrete Umsetzungsmaßnahmen wurden definiert und werden in den unteren Themenkreisen vereinzelt genannt.

2.2 Themenbereich Politische Bildung und Politik vermitteln

Standpunkt Bürgerrat:

Es herrscht in der Gesellschaft geringes Wissen über politische Prozesse und Vorgänge. Das entsprechende Bildungsangebot an den Schulen ist mangelhaft. Zudem nimmt die Wahlbeteiligung kontinuierlich ab. Argumentation der Nicht-Wähler:innen „Ich kann nichts bewirken – ich habe nur eine Stimme“ verhindert Zufriedenheit durch Unwissenheit.

Es sollen daher solide politische Grundkenntnisse vermittelt werden:

- Wissen über Abläufe + was wird gewählt und wie?

Wichtig dabei ist, dass es in leicht verständlicher Sprache und neutral formuliert wird und Orientierung über das bestehende (Wahl)Angebot gibt. Wir wünschen uns daher:

- politische Bildung an Pflichtschulen (als Extra-Fach, von neutralen Lehrpersonen, Lehrplan wird angepasst)
- Einrichtung einer Online-Plattform durch ein unabhängiges Gremium, nicht parteipolitisch gefärbt, als Info- und Kommunikationsplattform zu bevorstehenden Wahlen (leicht verständliche Sprache und mehrsprachig).
- Wahlwiki

- Auszug Themenbereich 2 – Dokumentation Seite 14

Rückmeldung

Politische Bildung ist in allen Schulen unterschiedlich verankert, es hat jedenfalls in allen Schularten und allen Schulstufen große Bedeutung:

- als selbstständiger Unterrichtsgegenstand oder als Kombinationsfach
- im Rahmen der Schulpartnerschaft und der gesetzlichen Vertretung der Schüler:innen
- als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip auf allen Schulstufen

Grundlagen, Ziele und Umsetzung der Politischen Bildung in Schulen sind im Grundsatzerlass für das Unterrichtsprinzip Politische Bildung dargelegt, der auch als Richtlinie für die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrpersonen gilt:

https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulpraxis/prinz/politische_bildung.html

In der Berufsschule wird Politische Bildung bereits als eigenständiges Unterrichtsfach geführt. An den AHS-Oberstufen wird Politische Bildung im Rahmen des Fachs „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ unterrichtet, an den BMHS ist sie in verschiedenen Kombinationen mit Recht, Geschichte, Zeitgeschichte oder Geografie zu finden. In der Volksschule ist Politische Bildung in den Sachunterricht integriert. Im aktuellen Lehrplan der Sekundarstufe I für „Geschichte und Politische Bildung“ ist die Politische Bildung in mehreren Pflichtmodulen von der 6. bis zur 8. Schulstufe fest verankert. An den Polytechnischen Schulen ist im Zuge des Lehrplanes NEU (Frühjahr 2020) das Unterrichtsfach „Politische Bildung, Wirtschaft und Ökologie“ entstanden.

Die Landesregierung ist mehrfach an die Bundesregierung mit dem Ersuchen herangetreten (zuletzt 2020), ein eigenständiges Pflichtfach Politische Bildung einzuführen. Die Einführung eines neuen Unterrichtsfachs, sofern es nicht schon verankert ist wie in der Berufsschule, würde jedoch die Reduktion von Stunden in anderen Fächern erforderlich machen. Der aktuelle Lehrermangel kommt erschwerend hinzu. Stattdessen hat sich das Bildungsministerium in den vergangenen Jahren der Überarbeitung der Lehrpläne gewidmet. Diese treten ab dem Schuljahr 2023/24 aufsteigend für die Primar- und Sekundarstufe I in Kraft. Das Unterrichtsprinzip Politische Bildung hat darin eine Aufwertung erfahren, weil es im Lehrplan nicht nur Erwähnung findet, sondern die Bedeutung dieses übergreifenden Themas erläutert wird und die Kompetenzziele festgeschrieben sind.

Bezüglich der Forderung nach einem „Wahlwiki“ wird darauf hingewiesen, dass bereits ein Portal des Bildungsministeriums existiert („Politiklexikon für junge Leute“, https://www.politik-lexikon.at/). Dieses Nachschlagewerk ist konzipiert für Schüler:innen (ab 12 Jahren) und Lehrpersonen und beinhaltet verlässliche Erstinformationen zu Begriffen und Themen des Politischen.
Durch die Zusammenarbeit mit verschiedenen Systempartnern (PH Vorarlberg, erinnern.at, Jüdisches Museum Hohenems, aha, KOJE etc.) können Schulen in Vorarlberg von deren Fachwissen, Ressourcen und Erfahrungen profitieren und ihre eigenen Angebote zur Politischen Bildung erweitern und vielfältig gestalten.
Hier gibt es verschiedene Angebote, die den Kindern und Jugendlichen in der Schule das Thema Demokratie näherbringen. Diese Formate dienen dazu, den Schüler:innen das Verständnis für Demokratie, politische Prozesse und ihre eigenen Rechte und Pflichten als Bürger:innen zu vermitteln und sie zu ermutigen, sich aktiv zu engagieren und ihre Meinung zu äußern.

- **FrageRaumPolitik (aha Jugendinformationszentrum)**
  Im Rahmen von FrageRaumPolitik werden verschiedene Debatten für Jugendliche organisiert, bei denen sie Politiker:innen hautnah erleben, Fragen stellen und ihre Meinungen zu aktuellen politischen Themen äußern können. Solche Veranstaltungen fördern die kritische Auseinandersetzung mit politischen Fragen und stärken die demokratische Teilhabe.

- **„Philosophieren mit Kindern“**
  Die Methode „Philosophieren mit Kindern“ schafft Nachdenk- und Kommunikationsräume, in denen Kinder und Jugendliche miteinander über Themen in Austausch kommen, von denen sie in ihrer Lebensrealität betroffen sind und die gesellschaftliche Relevanz haben. Klare Regeln und eine wertschätzende Haltung sorgen für den Rahmen, der allen eine aktive Teilnahme ermöglicht sowie das gemeinsame kritische Beleuchten von auch kontroversen Fragen erlaubt.

- **Landesschülervertretung**

  Viele Schulen haben einen Schülerrat, bei dem Schüler:innen demokratisch gewählt werden, um die Interessen ihrer Mitschüler:innen zu vertreten. Durch ihre Beteiligung an der Landesschülervertretung (z.B. Schüler:innenparlament) lernen die Schüler:innen demokratische Entscheidungsprozesse kennen und können aktiv an der Gestaltung des Schullebens mitwirken.

- **Wahl eines Klassensprechers/einer Klassensprecherin**

  Die Klassensprecher:innenwahl bietet den Schüler:innen eine gute Möglichkeit, wichtige Prinzipien der Demokratie und des politischen Engagements zu erleben. Sie lernen, wie man für eine Position kandidiert, Wahlkampf betreibt und sich für die Belange anderer einsetzt. Sie können ihre Ideen und Vorschläge präsentieren, um die Klassengemeinschaft zu verbessern oder Probleme anzugehen. Der Wahlprozess selbst lehrt die Schüler:innen auch die Bedeutung von Fairness, Gleichberechtigung und Meinungsfreiheit.

- **Angebote zur Wissenschafts- und Demokratievermittlung an Schulen**

  Österreichs Lehrkräfte können Workshops, Ausstellungen, Lernspiele, Apps, Podcasts etc. nutzen, um das Interesse an Wissenschaft und Demokratie im Unterricht zu fördern. Der OeAD hat im Auftrag des BMBWF einen umfassenden Überblick mit solchen Angeboten erstellt, der laufend ausgebaut wird. Lehrkräfte können in der Sammlung ganz einfach nach Angeboten für ihr Bundesland, ihre Schulart oder Schulstufe filtern und einen individuellen Schwerpunkt auswählen.

- **TruSD-Initiative (Trust in Science and Democracy)**

  Im Rahmen der Initiative „Trust in Science and Democracy“ des BMBWF zur Stärkung des Vertrauens in Wissenschaft und Demokratie wurde zwischen 12. - 16. Juni 2023 ein Schwerpunkt auf die Polytechnischen Schulen gelegt. In dieser Woche wurde an den PTS ein abwechslungsreiches Programm an (Online-)Workshops angeboten. Die „PTS-Wissenschaftswoche“ kann als wichtiger Impuls verstanden werden, um wissenschaftliche Forschungsarbeit und Demokratie näher in den Schulalltag und die Lebenswelt der Schüler:innen zu bringen.

- **Leitbildentwicklung MS Dornbirn Markt**

  Durch einen partizipativen Prozess der Leitbildentwicklung, der die verschiedenen Akteure (Schulleitung, Lehrpersonen, Schulsozialarbeit, Schulwart) miteinbezieht, soll die Förderung

der Demokratiekultur an der MS Dornbirn Markt erlebbar gemacht werden. Nach einer intensiven Wertearbeit werden die Ergebnisse in ein Leitbild verdichtet und daraus konkrete Themenfelder und Projekte abgeleitet. Die Umsetzung des Leitbildes in die Praxis sowie die Verknüpfung an sichtbare und wirkungsvolle Handlungen sind die zentralen Ziele des Leitbildentwicklungsprozesses. Der Prozess ist auf zwei Schuljahre mit dem gesamten Kollegium der MS Dornbirn Markt ausgerichtet und soll als Best-Practice-Beispiel auch für anderen Schulen dienen.

Hinsichtlich weiterer Aktivitäten von bzw. an Schulen im Rahmen der Politischen Bildung verweisen wir auf die Beantwortung der Landtagsanfrage 29.01.287 vom 24.5.2022: suche.vorarlberg.at/VLR/vlr_gov.nsf/0/8C9E0A75787E3F7EC12588370043B304?OpenDocument

Das Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung legt seit Jahren den Fokus auf die Kinder- und Jugendbeteiligung in Vorarlberg. Auf kommunaler Ebene werden jährlich +/- 35 Gemeinden und Städte durch Beratung, Workshops, Vorträge und durch finanzielle Förderung unterstützt. Das Unterstützungsprogramm wird laufend weiterentwickelt. Vernetzung und Impulse, die Erforschung von Wirkungen sowie die Öffentlichkeitsarbeit sind weitere zentrale Aktivitäten. Auch das Bilden von strategischen Grundlagen ist Teil des Arbeitsprogramms.

Gemeinsam mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft und der Fachhochschule Dornbirn wurde im Jahr 2019 erstmalig die Studie „Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung in Vorarlberg“ durchgeführt. Eine zentrale Erkenntnis zeigt, dass Kinder und Jugendliche in Kleingemeinden kaum Möglichkeiten zur Mitgestaltung vorfinden. Kleine Gemeinden sind meist – mangels Personalausstattung – nicht dazu in der Lage, Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte zu koordinieren. Ohne Koordination können aber die finanziellen Förderungen des Landes Vorarlberg nicht in Anspruch genommen werden.

Regionale Kinder- und Jugendbeteiligung als großes Potenzialfeld

In Regionen mit ländlichen Strukturen liegen große Potenziale, um jungen Menschen auf regionaler Ebene Mitgestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Hier konnten bereits bestehende gute Beispiele identifiziert und verstärkt werden:

Walgau

Die Regio "Im Walgau" bietet im Zusammenschluss aller Gemeinden regionale Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen. Es wurde ein Beschluss zur mehrjährigen finanziellen Ausstattung des Gesamtprojektes gefasst. Der Fokus liegt hierbei auf der

Altersgruppe der 10 bis 14-Jährigen. Das regionale Beteiligungsprogramm wird schrittweise aufgebaut. Startpunkte ermöglichen den Einstieg, Themen werden gefunden und erforscht. Initiativgruppen bilden sich und werden gemeinsam aktiv. Die engagierten Kinder und Jugendlichen, die Vernetzung der Aktivitäten und die dauerhafte Entwicklung des Beteiligungsprogramms werden professionell begleitet. Es besteht eine mehrjährige Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Vorarlberg und der Region „Im Walgau“ zur Verstetigung der regionalen Kinder- und Jugendbeteiligung, welche auf einstimmigen Beschlüssen der Regionalvertretung und der Landesregierung beruht.

Montafon

In der Region Montafon wurde in langjähriger Kooperation mit dem FEB, ausgehend von einer Jugendbefragung, ein Jugendrat durchgeführt, um Jugendliche in die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen einzubinden. Das daraus entstandene Jugendteam setzte eigene Projekte um und etablierte das „Jugendforum Montafon“. Dies ist ein regionales Jugendparlament mit definierten Rechten und Pflichten, einem eigenen Budget, Büroräumlichkeiten sowie einer Einbindung in das regionale Entscheidungsgremium der Bürgermeister. Das „Jugendforum“ wird von der regionalen Jugendkoordination im Stand Montafon begleitet. Der Stand Montafon wird im Rahmen der bestehenden Förderinstrumente (Beratung / Begleitung / Kontinuierliche Jugendgremien) finanziell unterstützt.

Auch die Region Vorderland wird im Rahmen der „Klar-Region“ in der Jugendbeteiligung unterstützt.

Inhaltliche Themen der regionalen Jugendbeteiligung

Die zentralen Themen sind Demokratiebildung und Mitgestaltung durch junge Menschen. Hierbei werden lebensweltliche (Mobilität, Freiraum, Ausbildung, Freizeitaktivitäten) und gesellschaftliche Themen (Umwelt, Klima, Gesundheit, Mobilität, Zusammenhalt) von den Jugendlichen aufgegriffen. Dies trifft auf alle Gemeinden, Regionen und Projekte gleichermaßen zu.

2.3 Themenbereich Wahlberechtigung

Standpunkt Bürgerrat:

Obwohl viele Menschen in Vorarlberg geboren sind bzw. seit vielen Jahrzehnten hier wohnen und ihren Lebensmittelpunkt hier haben, dürfen diese trotzdem nicht wählen. Das Wahlrecht sollte nicht von der Staatsbürgerschaft abhängig sein. Natürlich braucht es klare Regeln für die Dauer von Wohnsitz/Lebensmittelpunkt, bis das Wahlrecht gewährt wird. Auch braucht es einen Fokus auf die sprachliche Kompetenz der neuen Wahlberechtigten und eine Anpassung des Wahlrechtssystems.

Wir wollen das Wahlrecht für Nichtstaatsbürger:innen nach 10 Jahren Wohnsitz/Lebensmittelpunkt in Vorarlberg. Das Wahlrecht sollte entsprechend angepasst werden.

- Auszug Themenbereich 3 – Dokumentation Seite 15

Rückmeldung

Hierzu wird festgehalten, dass eine solche Änderung des Wahlrechtes (auch auf Landesebene) einer Änderung der Bundesverfassung bedürfte. Hier besteht seitens des Gesetzgebers in Vorarlberg keine Regelungsbefugnis. Ein entsprechender Beschluss dazu seitens des Nationalrates ist nicht bekannt.

2.4 Themenbereich Digital wählen, zeitgemäß wählen

Standpunkt Bürgerrat:

Aufgrund der Digitalisierung ist das Wählen, wie es vor 50 Jahren stattgefunden hat, nicht mehr zeitgemäß. Zeitmangel und Verhinderungen sind unausweichlich (Beruf, Auslandsaufenthalt, Krankheit, Bequemlichkeit). Außerdem ist digitales Wählen umweltfreundlich und kostengünstiger (Papier für Wahlkarten, Personalkosten Verwaltung, Wahllokalkosten).

Als Ergänzung zu bestehenden Wahlmöglichkeiten soll eine Wahl-App eingeführt werden, die ermöglicht, digital, schnell, einfach und ortsunabhängig zu wählen. Idealerweise in Kombination mit der ID-Austria zur Identifizierung. Das Ganze ist als Webapplikation vorstellbar. Wichtig dabei ist eine digitalisierte, zeitgemäße Umsetzung, welche die Sicherung der personenbezogenen Daten, sowie die Einhaltung des Wahlgeheimnisses gewährleistet und schnell und einfach handhabbar ist.

Auszug Themenbereich 4 – Dokumentation Seite 16

Rückmeldung

Wie bereits in der Dokumentation angeführt, wären für die Einführung einer solchen digitalen Wahlmöglichkeit grundlegende Änderungen in den wahlrechtlichen Bestimmungen und wohl auch auf Ebene der Bundesverfassung notwendig. Diesbezügliche Möglichkeiten werden von den zuständigen Fachabteilungen im Bundesministerium für Inneres geprüft. Wann es eine sichere Technologie und die notwendigen Rahmenbedingungen für die Möglichkeit, digital zu wählen, geben wird, lässt sich derzeit nicht vorhersagen.

2.5 Themenbereich Gleichstellung wahlwerbender Gruppen

Standpunkt Bürgerrat:

Aktuell gibt es eine Benachteiligung von neuen Wahlwerbenden (Finanzen, Zeit, Medienpräsenz), welche das Aufkommen von mehr Vielfalt verhindert. Es sollte also darum gehen, eine Gleichstellung bei Medienpräsenz zu erreichen, ein finanzielles Starterpaket für neue Wahlwerber:innen zur Verfügung zu stellen und die Finanzierung der bestehenden Parteien transparent zu machen.

Auszug Themenbereich 5 – Dokumentation Seite 16

Rückmeldung

Das angeführte Gesetz „Gesetz über die Förderung sowie die Transparenz der Landtagsparteien und -fraktionen (Parteienförderungsgesetz - PFG)“ ist mittlerweile im LGBl.Nr. 69/2022 kundgemacht worden.

Zudem wird momentan an einer weiteren Änderung des Parteienförderungsgesetzes gearbeitet, die zum Inhalt hat, dass die durch die Novelle LGBl.Nr. 69/2022 für die im Landtag vertretenen Parteien eingeführten Vorgaben über die Transparenz (in Grundzügen) und über eine Wahlkampfkostenobergrenze auch für in der Gemeindevertretung vertretene Parteien gelten sollen (vgl. auch die entsprechende Entschließung des Landtages „Transparenz Gemeinde-Fraktionsförderung“, Beilage 56/2022).

Sollte diese Änderung des Parteienförderungsgesetzes vom Landtag beschlossen werden, würde dies die Finanzierung von Parteien auf Gemeindeebene wesentlich transparenter machen und die im Wahlkampf einsetzbaren Mittel begrenzen. Dies würde auf Gemeindeebene zu der vom Bürgerrat geforderten Gleichstellung wahlwerbender Gruppen beitragen.

2.6 Themenbereich Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie

Standpunkt Bürgerrat:

Aktuell sind viele Bürger:innen mit vielen Entscheidungen der Politiker:innen unzufrieden. Mehr direkte Demokratie, Bürgerbeteiligung und eine höhere Wahlbeteiligung sind dabei erstrebenswert. Jede Stimme zählt. Politiker:innen müssen sich bewusst sein, dass sie die Interessensvertreter:innen des Volkes sind! Ein regelmäßiges Bürgerforum sowie das Recht auf verbindliche Volksabstimmungen, sollen eingeführt werden. Die Politik soll sachlicher, glaubwürdiger, effizienter und menschlicher werden. Wichtig dabei sind Fairness, die Mitbestimmung und die Wertschätzung gegenüber Bürgerforen, sowie die Einbeziehung aller Altersgruppen, die anhand von Nachbarschaftscafés und Kinderparlamenten, erfolgen kann.

Auszug Themenbereich 6 – Dokumentation Seite 17

Rückmeldung

Das Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung hat im Zeitraum Oktober 2022 – März 2023 einen Impuls für eine Beteiligungsstrategie des Landes ausgearbeitet. Hier zu finden: www.vorarlberg.at/beteiligungsstrategie

Darin wird aufgezeigt, durch welche Maßnahmen die Bürgerbeteiligung in Zukunft gestärkt werden soll. Unter anderem sollen digitale Beteiligungsmöglichkeiten weiter ausgebaut werden. Insbesondere auf kommunaler und regionaler Ebene liegt hier noch großes Potenzial.

Neben der bestehenden Online-Konsultationsplattform Vorarlberg Mitdenken wird im Herbst 2023 eine neue Anwendung (CitizenLab) in Kooperation mit dem Gemeindeverband getestet, die neben Umfragen und konsultativen Elementen auch Abstimmungen und damit mehr Elemente von direkter Mitbestimmung zulässt.

Ein Pilotprojekt mit der Gemeinde Wolfurt zur Umsetzung des Leitbildes soll erste Erfahrungen mit einem partizipativen Umsetzungsbudget ermöglichen.

Die Sichtweise von Jugendlichen bei politischen Fragestellungen kontinuierlicher einzubinden, bekommt eine immer größere Bedeutung. Zu diesem Zweck hat das Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung ein Konzept zur landesweiten Jugendbeteiligung entwickelt. Die Umsetzung der ersten Maßnahmen daraus starteten im Herbst 2022 in zwei Pilotschulen mit dem „Schülerhaushalt“, einem mehrmonatigen Beteiligungs-, Demokratielern- und Selbstermächtigungsprojekt. Eigenverantwortlich handelten die Schüler:innen an der MS Bludenz sowie MS Rankweil West die Spielregeln für das Projekt aus, sammelten in der ganzen Schule Ideen für Verbesserungen, diskutierten und bewarben

Vorschläge und führten schließlich eine Wahl durch. Die Idee mit den meisten Stimmen wurde realisiert und auch für deren Umsetzung waren die Schüler:innen verantwortlich. Den zwei Pilotschulen stand jeweils ein Budget von 3.000, – Euro zur Verfügung. Fachliche Begleitung und Coaching der beiden Schulen wurde durch das Büro „Dialog Plus“ gewährleistet. Mit einer erfreulichen Wahlbeteiligung von fast 90% kann das Projekt als sehr erfolgreich eingestuft werden.
„Schüler:innen-Haushalte“ stellen damit ein etabliertes und kostengünstiges Instrument zur Beteiligung von Schüler:innen an Entscheidungsprozessen dar. Das Verständnis für Demokratie steigt durch das Eingebunden-Sein in lebendige Politik. Im Herbst 2023 erfolgt eine Reflexion zu den beiden Pilotprojekten inkl. Weiterentwicklung und Prüfung einer möglichen Skalierung für ganz Vorarlberg.

In Vorarlberg ist der Bürgerrat seit 2013 in der Landesverfassung als konsultatives Organ festgeschrieben, das ist nicht nur in Österreich sondern weit darüber hinaus einzigartig. Mit dem 10-jährigen Jubiläum 2023 hat das Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung einen Schwerpunkt zum Bürgerrat und zur Bürgerbeteiligung gesetzt. Es finden unterschiedliche Veranstaltungen und Aktivitäten statt und werden mit Jahresende auch einen inhaltlichen Schwerpunkt im Magazin „Gute Aussichten“ bilden.

Das Recht auf verbindliche Volksabstimmungen ist nach der Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs aus dem Jahre 2020 nur dann umsetzbar, wenn es in keinem Widerspruch zum repräsentativ-demokratischen System steht. Der gesetzliche Rahmen ist auf Landesebene ausgeschöpft. Weitere Bestrebungen bedürfen einer Änderung der Bundesverfassung. Es wurde jedoch im Vorarlberger Landtag beschlossen, dass die Landesregierung ersucht wird, ein allfälliges österreichweites Volksbegehren zu dieser Thematik zu unterstützen.
Zu diesem Zweck hat es mit der Initiative „Volksabstimmung über Volksabstimmung“ mehrere Arbeitstreffen und eine Projektschmiede gegeben, um Ideen und Strategien zu erarbeiten, wie ein weiteres Vorgehen dazu aussehen kann. Mögliche Handlungsoptionen werden derzeit von Seiten der Initiative abgewogen.

2.7 Themenbereich Verbesserung und Innovation der politischen Kultur

Standpunkt Bürgerrat:

Zur Verbesserung der vorherrschenden politischen Kultur, soll durch alle politischen Repräsentant:innen ein gemeinsamer Verhaltenskodex mit Haftung ausgearbeitet werden.

Gleichzeitig soll auch eine Fehlerkultur etabliert werden, die zu mehr Ehrlichkeit, Wertschätzung und Respekt führen soll. Eine 100-prozentige Transparenz bei der Parteienfinanzierung wird dabei ebenso genannt.

Elemente der Demarchie, also der Vergabe von Repräsentationsfunktionen via Losverfahren, sollen zu einer Aktivierung und Verbesserung der politischen Kultur beitragen.

Ein weiterer Vorschlag ist, die Anzahl der Vertreter:innen an die Wahlbeteiligung zu knüpfen (z.B. Wahlbeteiligung von 50 Prozent = nur 50 Prozent der Sitze werden vergeben).

Auszug Themenbereich 7 – Dokumentation Seite 18

Rückmeldung

Mehr Bürgerbeteiligung und damit mehr Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Bürger:innen, Politik und Verwaltung sollen mit der Etablierung einer Beteiligungsstrategie erreicht werden. Mehr Aufmerksamkeit und Ressourcen für solche Prozesse führen langfristig auch zu einer konstruktiven Form des Politik-machens. Hierzu sind unterschiedliche Vorhaben in Planung:

- Veranstaltung für Gemeindemandatare “Effektive und wertschätzende Sitzungsleitung für eine gemeinschaftliche Gemeinde!" im Herbst 2023.

- Das Veranstaltungsformat „Projektschmiede“ findet neben zahlreichen Standorten in der DACHLI Region 2023 auch im Großen Walsertal statt. Bürger:innen können ihre Projektideen gemeinsam mit anderen planen und bekommen einen offenen, kreativen Denkraum zur Verfügung gestellt.

Grundsätzlich sind alle Beteiligungsaktivitäten als Teil der Förderung einer partizipativen Demokratie zu verstehen, idealerweise in gutem Zusammenspiel mit der repräsentativen Demokratie und ihren gewählten Vertreter:innen. Für die Losung von Mandatar:innen fehlen die entsprechenden rechtlichen Grundlagen, die dies legitimieren.

Die Erhöhung der Transparenz im Verwaltungshandeln ist für das Land Vorarlberg von großer Wichtigkeit, daher wurde im Herbst 2022 eine umfassende Transparenzinitiative gestartet, die folgende Themenfelder umfasst:

- Veröffentlichung aller vom Land beauftragten Studien, Gutachten und Umfragen
- Anonymes Hinweisgeber-System
- Regierungsbeschlüsse
- Aufträge
- Förderungen
- Medienaufträge

Mehr dazu unter: Vorarlberg transparent

Wir bedanken uns herzlich für Ihre Mitarbeit beim Bürgerrat und werden den Weg einer nachhaltigen Politik im Land Vorarlberg – auch im Sinne der Anliegen des Bürgerrats – ambitioniert weiterverfolgen.

Amt der Vorarlberger Landesregierung
Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung
Jahnstraße 13-15, 6901 Bregenz
T +43 5574 511 20605
beteiligung@vorarlberg.at
www.vorarlberg.at/buergerrat